Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 20. Dienstag, 24. Januar 1922, abends. 75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 8.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 2.— Mark, Ortspreis 1.75 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 75 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kleielieferung betr.

Der Kommunalverband ist, da ihm durch die auferlegte Ablieferung eines Teiles der Getreideumlage an die Reichsgetreidestelle das Verfügungsrecht über die aus diesem Getreide anfallende Kleie entzogen ist, gezwungen, auf den Zukauf von Kleie aus den Reichsgetreide-Mühlen zurückzukommen, um den Anlieferern von Umlagegetreide gegenüber die zugesicherte Rücklieferung von 10% Kleie aufrechterhalten zu können.

Damit der Kommunalverband in der Lage ist, sich rechtzeitig die benötigte Kleie zu sichern, wird hiermit angeordnet, daß **Anträge auf Zuweisung von Kleie für abgeliefertes Umlagegetreide** in Zukunft **spätestens 14 Tage nach erfolgter Ablieferung des Umlagegetreides** unmittelbar bei der Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes schriftlich oder mündlich zu stellen sind. Den Anträgen sind die Ablieferungsscheine beizufügen.

Nicht rechtzeitig gestellte Anträge haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung.

Großenhain, am 20. Januar 1922.

14 I. **Der Kommunalverband.**

Holzversteigerung. Weißiger Staatsforstrevier. Revierteil Hoische.

2. Februar 1922, vorm. 9 Uhr Gasthof zu Gröditz.

118 w. Stämme 8/29 cm, 16 h. Klöße 16/36 cm, 20 w. Derbstangen 10/15 cm, 3 rm h., 37 rm w. Nutzscheite, 6 rm h., 12 rm w. Brennscheite, 34 rm h., 193 rm w. Brennknüppel, 4 rm h., 11 rm w. Aeste. Einzelhölzer Abt. 84/106.

Forstrevierverwaltung Weißig a. R., 21. Januar 1922.

Forstrentamt Dresden.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 23. Januar.

Eingegangen ist die Benachrichtigung von der **Einladung Deutschlands zur Konferenz in Genua.**

Der Gesetzentwurf über den **Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln** wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die erste Lesung des

Reichsschulgesetzentwurfes.

Staatssekretär **Schulz:** Der Entwurf ist in weiten Kreisen auf große Schwierigkeiten gestoßen, es wäre auch bedenklich gewesen, hätte er irgendwo vorbehaltloses Einverständnis gefunden. In zahllosen Versammlungen ist die Zurückstellung des Entwurfes verlangt worden. Die Verabschiedung drängt außerordentlich, um wieder Ordnung zu schaffen. Schulstreiks bald von rechts, bald von links, lösen einander ab. Die Entscheidung über das Gesetz, das schon 1919 kommen sollte, muß möglichst bald fallen. Das Gesetz will nur das Weimarer Schulkompromiß ausführen. Der Entwurf will kraftvolle Charaktere in der Jugend heranziehen.

Abg. **Helmann** (Soz.): Das Beste an dem Gesetz ist, daß es der weltlichen Schule eine gesetzliche Grundlage gibt. Im demokratischen Staat kann es nur die weltliche Schule geben. Die konfessionelle Schule verstößt gegen den Geist der Weimarer Verfassung. Ich beantrage Ueberweisung an einen besonderen Ausschuß.

Abg. **Rheinländer** (Z.): Für uns ist in dem Schulkompromiß das Wesentlichste der gemeinsame Bildungsgedanke, der die deutsche Jugend zu charakterfesten Menschen erzieht, die Gottesfurcht besitzen. Durch das Schulkompromiß ist es uns gelungen, auch die Konfessionsschule auf gesetzliche Grundlage zu stellen. Das Elternrecht auf Erziehung der Kinder muß auch in diesem Gesetz ausdrücklich betont werden. Wir verlangen, daß durch Reichsgesetz bestimmt werde, daß die Zahl der Religionsstunden nur im Einverständnis mit den kirchlichen Behörden festgelegt wird. Das Visitationsrecht der Kirche muß durch Reichsgesetz endgültig geklärt werden. Unerträglich ist es, daß die Bekenntnisschule im Entwurf geradezu als minderwertig hingestellt wird. Auch wir sind für Ausschußberatung. Wir wollen Gleichberechtigung der Bekenntnisschule (Beifall).

Abg. Lic. **Mumm:** Wir werden der Ausschußberatung zustimmen. Wie in Weimar stehen die Deutschnationalen fest zur christlichen Schule. Wir fordern die Charakterschule und können uns für Mischmasch nicht begeistern. Die Kinder dürfen in der Schule nicht religiös ausgehungert werden. Wir bekämpfen zwar die religionslose Schule, denken aber nicht daran, sie durch Chikanen zu verhindern, da diese Schulen auf Grund der Verfassung zweifellos errichtet werden müssen.

Abg. Dr. **Runkel** (D. Vp.): Der Gesetzentwurf ist insofern verfassungswidrig, als er die Simultanschule abbauen will. Ebenso ist die neue Gemeinschaftsschule vollkommen gegen die Verfassung. Kompromißschulen sollen nach der Verfassung die christlichen Gemeinschaftsschulen sein. Die weltliche Schule einzuführen, wäre eine Katastrophe für den Volksgeist, wenn sie auch 4 Stunden Religionsunterricht vorsieht. Die Schule ist die Tochter der Kirche, beide müssen nebeneinander bestehen.

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen mittag 1 Uhr vertagt, außerdem kleine Anfragen.

Ergebnis der Braunschweiger Wahlen.

Wie die „Braunschw. Landesztg." meldet, sind nach dem nun vorliegenden nichtamtlichen Ergebnis die Landtagswahlen wie folgt ausgefallen: Landeswahlverband 100 718 Stimmen, Demokraten 28 378 Stimmen, Mehrheitssozialdemokraten 52 406 Stimmen, Unabhängige 74 499 Stimmen, Kommunisten 10 230 Stimmen. Es erhalten der Landeswahlverband 23 Sitze, die Demokraten 6 Sitze, die Mehrheitssozialdemokraten 12 Sitze, die Unabhängigen 17 Sitze und die Kommunisten 2 Sitze, sodaß sich eine **sozialistische Mehrheit** von zwei Stimmen ergibt.

Besprechungen in der Steuerfrage.

Die gestrigen Besprechungen über die **Steuerfrage** in der Reichskanzlei, an denen der **Reichskanzler**, der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Dr. Rathenau, Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten teilnahmen, wurden eingeleitet durch Darlegungen des **Reichsfinanzministers** über die Gestalt, die die Steuervorlagen der Regierung durch die bisherigen Beschlüsse der Reichstagsausschüsse gefunden haben. An das Referat schloß sich eine lebhafte Aussprache, bei der die Frage der **Zwangsanleihe** eine große Rolle spielte. Die Besprechungen, die mehr als drei Stunden dauerten, haben eine Lösung des Steuerproblems noch nicht gebracht. Nach Schluß der interfraktionellen Besprechung trat die **sozialdemokratische Fraktion** zusammen, um auf Grund der Berichte ihrer Vertreter zu bestimmten Vorschlägen Stellung zu nehmen. Die Fraktion wird heute nochmals zusammentreten. Auch die interfraktionellen Besprechungen sollen heute mittag 12 Uhr unter Hinzuziehung der Bayrischen Volkspartei fortgesetzt werden.

Die gestrige Kabinettssitzung

hat sich, der „Deutschen Allg. Ztg." zufolge, nur mit laufenden Ressortangelegenheiten beschäftigt. Irgendwelche Beschlüsse über das der Reparationskommission bis zum 27. Januar vorzulegende Garantieprogramm und den Reparationsplan sind nicht gefaßt worden. Wie verlautet, soll das Reichskabinett heute darüber beraten.

Der Reichskanzler über die Beziehungen zu Rußland.

Im **Auswärtigen Ausschuß des Reichstages** berichtete der **Reichskanzler** eingehend über die **wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Deutschlands zu Rußland.** Die Ausführungen gipfelten in der Erklärung, daß Deutschland den baldigsten Wiederaufbau Rußlands wünsche. Auch wünsche Deutschland kein deutsches Wirtschaftsmonopol, sondern die deutsche Regierung sei bereit, mit den anderen Interessenten gemeinsam zu operieren im Einvernehmen und mit Zustimmung derjenigen Gebiete, für die derartige Syndikate errichtet werden sollen. In dem hierauf folgenden vertraulichen Gedankenaustausch kam trotz der natürlich verschiedenen Stellung der einzelnen Parteien zu dem russischen Problem allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß der weitere Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf das dringendste zu erstreben sei. An der Erörterung beteiligten sich bisher die Abg. Gothein (Dem.), Wels (Soz.), Stöcker (Komm.), von Rheinbaben (Deutsche Vp.). Die Verhandlungen dauern fort.

Ein neuer Schritt der Kleinen Entente bei Ungarn.

Mit Bezug auf den vom jugoslavischen Minister des Aeußern zur Sprache gebrachten **Schritt der Kleinen Entente** wegen der **Habsburger Frage** hat der „Pest. Lloyd" an zuständiger Stelle in Budapest Aufklärung erhalten. Die Vertreter der Kleinen Entente haben beim Minister des Aeußern, Grafen Banffy, vorgesprochen, um sich über die umlaufenden Gerüchte betr. die der früheren Königin Zita zugeschriebenen Absichten und über die Stellungnahme der ungarischen Regierung zu erkundigen. Graf Banffy hat die notwendigen beruhigenden Aufklärungen erteilt, womit die Angelegenheit abgeschlossen ist.

Das englisch-französische Abkommen.

Havas verbreitet ein Telegramm aus **London**, wonach in amtlichen Kreisen der Wunsch zu bestehen scheine, in kürzester Frist die Absichten der französischen Regierung in den gegenwärtig der Prüfung beider Regierungen unterliegenden Fragen kennen zu lernen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß das Londoner Kabinett entschlossen sei, zu dem **englisch-französischen Abkommen** folgendermaßen Stellung zu nehmen: Die englische Regierung würde sich damit einverstanden erklären, die Dauer des Abkommens zu verlängern und sie möglicherweise auf 30 Jahre festzusetzen, obwohl sie diesen Zeitraum für zu ausgedehnt halte. Sie würde sich bereit finden, dem Abkommen gegenseitige Wirkung zu geben, obwohl sie dies nicht als unbedingte Notwendigkeit ansehe. Eine Militärkonvention würde sie ablehnen, ebenso die Ausdehnung des Abkommens auf einen gegen Polen gerichteten Angriff. So werde voraussichtlich die Antwort der englischen Regierung auf die Vorschläge der französischen Regierung lauten, wenn die letzteren so ausfielen, wie man in London annehme. Dienstag oder Mittwoch sollten im Foreign Office die Verhandlungen zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter aufgenommen werden.

Die Orientfrage.

Wie Havas mitteilt, sind in den letzten Tagen die Unterhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung über die Frage des Friedens im **Orient** wieder aufgenommen worden. Die vorgesehene **Konferenz der Außenminister** von England, Italien und Frankreich werde wahrscheinlich Anfang Februar in Paris stattfinden.

Renaudel an Poincaré.

Der aus Deutschland zurückgekehrte Pierre **Renaudel hat an Poincaré einen Brief gerichtet**, den er im Populaire veröffentlichen läßt. Er wendet sich darin gegen die Behauptung Poincarés in seiner Parlamentsrede vom Donnerstag, die Arbeiter von **Heidenau** in Sachsen hätten, nachdem Renaudel vorher in Heidenau gesprochen habe, die Haubitzen und Lanzen versteckt. Renaudel erklärt, er habe nach dem Zwischenfall von Heidenau dort gesprochen. Die Tatsachen hätten sich also ganz anders vollzogen, als Poincaré sie im Parlament mitgeteilt habe.

Englische Stimmen über die Politik Frankreichs.

Der „Observer" veröffentlicht eine Unterredung, die Anatole France mit Philip Carr über die **politische Lage in Frankreich** hatte. Anatole France erklärte, der Rücktritt Briands sei nicht nur für Frankreich unglücklich, sondern auch für Europa. Frankreich stehe der großen Gefahr der Isolierung gegenüber. Briand habe auf das Einvernehmen mit Deutschland und insbesondere mit Rußland hingearbeitet. Briand sei als das Opfer der unwissenden und gewalttätigen französischen Kammer gestürzt, deren internationale Politik der Haß sei. Poincaré werde Frankreich zweifellos an den Rand des Abgrundes führen.

Gardiner schreibt in einem Leitartikel im „Sunday Expreß", indem **Poincaré** Deutschland, Rußland und Mitteleuropa zerstörte, habe dieser „gute Europäer" die englischen Märkte, die Kunden Englands und den Handel, von dem es früher lebte, zerstört, und, um diese Politik, an der England verblute, zu vollenden, solle England ein 30jähriges Bündnis mit Frankreich schließen, soll es sein eigenes Todesurteil unterschreiben, und solle es das Vorrecht erhalten, sich selbst den Strick um den Hals zu legen.

Zur Rede Lloyd Georges

schreibt die „Times": Lloyd George legte nicht mehr und nicht weniger als den fundamentalen britischen Standpunkt dar, indem er für die Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt eintrat. Niemand in England unterschätzt den großen Wert der Konferenz von Genua.

Die Kriegsbeschuldigtenfrage.

„New Statesman" schreibt, in London oder Paris **geführte Gerichtsverfahren gegen deutsche Kriegsbeschuldigte** würden von der neutralen Welt und von Deutschland als nicht weit entfernt von einer Lynchjustiz angesehen werden. Die Ansicht der britischen Juristen sei bestimmt nicht zugunsten der Wiederaufnahme dieser Frage. Wenn der Oberste Rat, was unwahrscheinlich sei, die Auslieferung verlangen sollte, müßte die deutsche Regierung diese Forderung mit der Mißachtung behandeln, die sie verdiene. Die englische Wochenzeitschrift „Spectator" bemerkt, es würde keinen Zweck haben, wenn die seit langer Zeit stillschweigend aufgegebene Forderung einer Auslieferung der deutschen Kriegsbeschuldigten von neuem erhoben würde. Die moralische Wirkung der Leipziger Verfahren würde dadurch aufgehoben werden.

Zum Ableben des Papstes.

Auf dem Petersplatze in Rom und vor der Basilica des Vatikans verkehrte am Sonntag den ganzen Tag über eine große Menschenmenge. Trotz des großen Andranges ereignete sich kein Zwischenfall. Der Ministerpräsident hatte für Montag zum Zeichen der Trauer die Schließung aller Staatsschulen angeordnet. Am Sonntag waren alle Theater und Lichtspiele in Rom geschlossen. Die Leiche des **Papstes** wurde vom 3. in das 2. Stockwerk feierlich zum Thronsaal geleitet. Von dort wurde sie am Montag vormittag ¾10 Uhr nach der Sakramentskapelle der Peterskathedrale zur öffentlichen Aufbahrung übergeführt. Die Kardinäle und Prälaten, das diplomatische Korps, die päpstlichen Hofchargen und die päpstliche Leibwache bildeten das Gefolge. Große Volksmassen strömen nach der Peterskathedrale.

Anläßlich des Hinscheidens des Papstes hat der **Reichstag** in Berlin halbstock geflaggt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Konzentration der Kaliindustrie. Die „Bergarbeiterzeitung", das Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, beschäftigt sich in einem Aufsatz mit der Konzentrationsbewegung in der Kaliindustrie, die neuerdings wieder mächtig um sich greift. Sie erblickt in der Jagd nach der Beteiligungsziffer eine allgemeine volkswirtschaftliche Gefahr und fordert die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Handelsstelle unter Reichskontrolle zwecks Ueberleitung der Kalischätze aus den Händen des Privatmonopols in den Besitz der Allgemeinheit.

Ministerpräsident Braun zur Saargebietsfrage. Im Preußischen Landtag ergriff heute bei Beratung der großen Vorfragen, die Adresse an den Präsidenten der französischen Republik betreffend, in der die Wiedervereinigung des Saarlandes mit Frankreich, sowie über die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet verlangt wird, Ministerpräsident Braun das Wort, um nachdrücklich gegen die Vergewaltigungen und Quälereien, die namentlich in den von den Franzosen besetzten Gebietsteilen zu verzeichnen sind, zu protestieren. Der Ministerpräsident nahm zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen die Worte, die Clemenceau nach dem Buche Tardieus bei den Pariser Friedensverhandlungen gegenüber Wilson und dem Ministerpräsidenten Lloyd George gemacht hat: Es gäbe in der Gegend dort wenigstens 150 000 Menschen, die Franzosen sind, auch diese Menschen, die im Jahre 1918 Adressen an den Präsidenten Poincaré geschickt haben, haben für sich Anspruch auf Gerechtigkeit. — Der Redner wies darauf hin, daß wenigstens dem Sinne nach diese Worte bestimmt gewesen seien, als sollten 150 000 Einwohner des Saargebietes durch Eingaben ihre Zuneigung zu Frankreich und ihren Wunsch auf Angliederung des Saargebietes zum Ausdruck gebracht